

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE - DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 96 - 845

[C - 33028]

4. MÄRZ 1996 — Programmdekret (1)

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — Allgemeines

Artikel 1 - In Abweichung aller anderslautenden Vorschriften mit Ausnahme übergeordneter Normen werden ab dem Haushaltsjahr 1996 alle auszahlenden Vorschüsse von Subventionen und Dotationen für Funktions- und Personalkosten im Rahmen der jeweils dafür zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel monatlich in Zwölfteilen ausgezahlt und zwar jeweils vor dem 22. jeden Monats.

Art. 2 - Insofern keine in Artikel 1 erwähnten Vorschußzahlungen vorgesehen sind, werden ab dem Haushaltsjahr 1996 die im jeweiligen Ausgabenhaushalt vorgesehenen Jahresbeträge der Funktions- und Personaldotationen für die Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie für das Gemeinschaftliche und Regionale Amt für Berufsausbildung und Arbeitsbeschaffung und den Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft monatlich in Zwölfteilen ausgezahlt und zwar jeweils vor dem 22. jeden Monats. Dieselbe Regelung gilt für die Subventionen und Dotationen für Funktionskosten und Personalkosten im gesamten Unterrichtswesen.

KAPITEL II — Unterricht und Ausbildung

Abschnitt 1 — Abänderungen und Abweichungen bezüglich des Dekretes vom 18. April 1994 zur Festlegung des Betrages der Funktionssubventionen für das subventionierte Unterrichtswesen

Art. 3 - Artikel 4 des Dekretes vom 18. April 1994 zur Festlegung des Betrages der Funktionssubventionen für das subventionierte Unterrichtswesen wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 4 - Der Betrag der Subventionen für die Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren beläuft sich auf eine Pauschale von 654 560 F pro Zentrum, erhöht um 65 456 F beziehungsweise 130 912 F für jedes zusätzliche halbtags beziehungsweise ganztags beschäftigte Mitglied des technischen Personals, das zur Subvention zugelassen ist."

Art. 4 - Die in der Anlage zu demselben Dekret unter Punkt 6 enthaltenen Beträge werden für das Schuljahr 1995-1996 um 20 % gekürzt und nicht in Anwendung von Artikel 7 desselben Dekretes indiziert.

Unbeschadet der Bestimmung des vorhergehenden Absatzes erfolgt in Abweichung von Artikel 7 desselben Dekretes die Erhöhung aller anderen im Dekret festgelegten Beträge der Subventionen für das Schuljahr 1995-1996 anhand folgender Indexierung:

1. als Basisindex gilt der Index des Monats September 1992 (113,17);
2. als neuer Index gilt der Index des Monats September 1994 (119,22).

Abschnitt 2 — Abänderungen und Abweichungen bezüglich des Königlichen Erlasses vom 2. August 1984 zur Rationalisierung und Programmierung des Regelgrundschulwesens sowie des Königlichen Erlasses vom 30. August 1984 über die Organisation des Regelvorschul- und des Regelprimarschulwesens auf der Grundlage des Stundenkapitalsystems

Art. 5 - In Artikel 4 des Königlichen Erlasses vom 2. August 1984 zur Rationalisierung und Programmierung des Regelgrundschulwesens, abgeändert durch den Erlaß der Regierung vom 21. November 1995, werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. Nummer 5 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:
5. Vorschulunterricht: Unterricht, der den Kindern erteilt wird, die mindestens drei Jahre alt sind oder bis zum 31. Dezember des laufenden Schuljahres das Alter von drei Jahren erreichen und die noch nicht den Primarunterricht besuchen";
2. Nummer 14 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:
- "14. Schüler der Vorschule: Schüler, der mindestens drei Jahre alt ist oder bis zum 31. Dezember des laufenden Schuljahres das Alter von drei Jahren erreicht und die Vorschule besucht."

Art. 6 - Artikel 5 desselben Königlichen Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 5 - Im Vorschulwesen werden die Schüler berücksichtigt, die bis zum letzten Schultag des Monats September an 10 Unterrichtstagen mindestens halbtags anwesend waren."

Art. 7 - In Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 30. August 1984 über die Organisation des Regelvorschul- und des Regelprimarschulwesens auf der Grundlage des Stundenkapitalsystems, abgeändert durch den Erlaß der Regierung vom 21. November 1995, werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. Nummer 5 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:
- "5. Vorschulunterricht: Unterricht, der den Kindern erteilt wird, die mindestens drei Jahre alt sind oder bis zum 31. Dezember des laufenden Schuljahres das Alter von drei Jahren erreichen und die noch nicht den Primarunterricht besuchen";
2. Nummer 8 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:
- "8. Schüler der Vorschule: Schüler, der mindestens drei Jahre alt ist oder bis zum 31. Dezember des laufenden Schuljahres das Alter von drei Jahren erreicht und die Vorschule besucht."

(1) Sitzungsperiode 1995-1996.

Dokumente des Rates. — 37 (1995-1996) Nr. 1. Dekretentwurf 37 (1995-1996) Nr. 2. Abänderungsvorschlag 37 (1995-1996) Nr. 3. Bericht 37 (1995-1996) Nr. 4. Abänderungsvorschlag zu dem vom Ausschuß angenommenen Text
Ausführlicher Bericht: Diskussion und Abstimmung — Sitzung vom 4. März 1996

Art. 8 - Artikel 4 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch den Erlaß der Regierung vom 21. November 1995, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 4 - Falls eine Schule aus zwei oder mehreren Niederlassungen besteht, werden die Schüler dieser verschiedenen Niederlassungen pro Unterrichtsstufe zusammengezählt.

Jedoch werden die Schüler einer Niederlassung, die sich wenigstens 2 000 m von jeder anderen Niederlassung der gleichen Schule befindet und in der ein Unterricht der gleichen Stufe angeboten wird, getrennt gezählt."

Art. 9 - In Abweichung von Artikel 5 desselben Königlichen Erlasses wird für das Schuljahr 1996-1997 das in Artikel 13 des vorliegenden Dekretes angeführte Stundenkapital ab dem ersten Tag des Schuljahres 1996-1997 angewendet.

Art. 10 - Artikel 9 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch den Erlaß der Regierung vom 21. November 1995, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 9 - Nur die Schüler, die bis zum letzten Schultag des Monats September an zehn Unterrichtstagen mindestens halbtags anwesend waren, kommen für die Berechnung in Frage."

Art. 11 - Ein Artikel 9bis mit folgendem Wortlaut wird in den Königlichen Erlaß vom 30. August 1984 über die Organisation des Regelvorschul- und des Regelprimarschulwesens auf der Grundlage des Stundenkapitalssystems, abgeändert durch den Königlichen Erlaß vom 13. August 1985, durch die Erlasse der Exekutive vom 21. September 1989, vom 17. Januar 1990, vom 20. Juni 1990 und vom 21. August 1991 sowie durch den Erlaß der Regierung vom 1. September 1993, eingefügt:

"Artikel 9bis - Wenn sich die Schülerzahl vor dem 15. März erhöht, kann eine Neuberechnung des Stundenkapitals erfolgen. Das errechnete neue Stundenkapital steht ab dem ersten Schultag nach dem 15. März zur Verfügung, insofern es mindestens vierzehn oder ein Vielfaches von vierzehn Einheiten mehr als das am 1. Oktober belegte Stundenkapital enthält und insofern die neue Schülerzahl in den letzten fünfzehn aufeinanderfolgenden Unterrichtstagen bis zum 15. März inklusive an mindestens zehn Unterrichtstagen zumindest halbtags erreicht wurde."

Art. 12 - Der Erlaß der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 21. November 1995 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 2. August 1984 zur Rationalisierung und Programmierung des Regelgrundschulwesens und des Königlichen Erlasses vom 30. August 1984 über die Organisation des Regelvorschul- und des Regelprimarschulwesens auf der Grundlage des Stundenkapitalssystems wird aufgehoben.

Art. 13 - Artikel 13 Absatz 1 des Königlichen Erlasses vom 30. August 1984 über die Organisation des Regelvorschul- und Primarschulunterrichts auf der Grundlage des Stundenkapitalssystems wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Für die Berechnung des Stundenkapitals werden die regulären Schüler des vorhergehenden Schuljahres in Betracht gezogen."

Das in Anwendung von Kapitel III desselben Königlichen Erlasses, wie abgeändert, errechnete Stundenkapital wird im Schuljahr 1996-1997 zu 94,2 % gewährt.

In Abweichung von Artikel 15 § 2 Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch den Erlaß der Exekutive vom 20. Juni 1990, können die Unterrichtsstunden für das Schuljahr 1996-1997 nach Organisationsträgern, Sprachabteilungen oder zwischen Organisationsträgern zusammengelegt und innerhalb der Grenzen der betreffenden Gemeinde oder innerhalb der Grenzen desselben Unterrichtsnetzes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verwendet werden.

Art. 14 - Artikel 15 § 3 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch den Erlaß der Exekutive vom 20. Juni 1990, wird aufgehoben.

Abschnitt 3 — Berechnung der Anzahl Unterrichtsstunden/Lehrperson im Vollzeitsekundarunterricht des Typs

Art. 15 - In Abweichung von Artikel 2, 3 und 6 des Dekretes vom 5. Juni 1990 zur Festlegung der Anzahl Unterrichtsstunden/Lehrperson im Vollzeitsekundarunterricht des Typs I, abgeändert durch die Dekrete vom 22. Juni 1993 und 17. Juli 1995, erhalten die Unterrichtseinrichtungen des Vollzeitsekundarunterrichts des Typs I für das Schuljahr 1996-1997 94,85% der Unterrichtsstunden/Lehrperson, die ihnen in Anwendung und Ausführung der vorerwähnten Artikel für das Schuljahr 1995-1996 gewährt wurden, vermindert beziehungsweise erhöht um 0,35 Unterrichtsstunden/Lehrpersonen pro regulärem Schüler, den diese Unterrichtseinrichtungen am letzten Schultag des Monats September des Schuljahres 1995-1996 im Vergleich zum letzten Schultag des Monats September des Schuljahres 1994-1995 weniger beziehungsweise mehr zählten.

Abschnitt 4 — Abänderung des Gesetzes vom 19. Juli 1971 über die allgemeine Struktur des Sekundarschulwesens

Art. 16 - Artikel 2 § 3 des Gesetzes vom 19. Juli 1971 über die allgemeine Struktur des Sekundarschulwesens wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"§ 3 - Getrennt organisiert werden können:

1. die erste Stufe, unter der Bedingung, daß am selben Standort keine 2 und 3 Stufe organisiert werden;
2. die erste und die zweite Stufe;
3. die zweite und die dritte Stufe."

Abschnitt 5 — Abänderung des Königlichen Erlasses vom 15. April 1977 zur Festlegung der Vorschriften und Bedingungen für die Berechnung der Anzahl Planstellen in bestimmten Ämtern des Erziehungshilfs- und Verwaltungspersonals des Sekundar- und Hochschulunterrichtswesens

Art. 17 - Artikel 3 § 1 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1977 zur Festlegung der Vorschriften und Bedingungen für die Berechnung der Anzahl Planstellen in bestimmten Ämtern des Erziehungshilfs- und Verwaltungspersonals des Sekundar- und Hochschulunterrichtswesens, ersetzt durch das Dekret vom 22. Juni 1993, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"§ 1 - In den Sekundar- und Hochschulen mit Vollzeitunterricht sowie in den Unterrichtseinrichtungen, die gleichzeitig einen Vollzeitsekundar- und einen Vollzeithochschulunterricht organisieren, können nachstehende Stellen gemäß den Schülerzahlen der ersten Spalte geschaffen oder subventioniert werden.

Schülerzahlen	Planstelle
weniger als 80	1 Erzieher-Verwalter
80	1 Erzieher-Aufseher
160	1 Erzieher-Aufseher

Schülerzahlen	Planstelle
240	1 Kommis-Daktylograph
320	1 Erzieher-Aufseher
400	1 Direktionssekretär(in) oder 1 Erzieher-Aufseher
520	1 Sekretär(in)-Bibliothekar(in) oder 1 Erzieher-Aufseher
550	1 Unterdirektor oder 1 Provisor
640	1 Erzieher-Aufseher

pro zusätzliche 120 Schüler eine Planstelle eines Erzieher-Aufsehers."

Abschnitt 6 — Abänderungen des Königlichen Erlasses vom 15. Dezember 1973 zur Festlegung der Aufteilungs- und Zusammenlegungsnormen für Studienjahre im technischen Sekundarunterricht, im technischen, wirtschaftlichen, landwirtschaftlichen, paramedizinischen, sozialen, pädagogischen und künstlerischen Hochschulunterricht zweiter Grades

Art. 18 - In Artikel 3 VI des Königlichen Erlasses vom 15. Dezember 1973 zur Festlegung der Aufteilungs- und Zusammenlegungsnormen für Studienjahre im technischen Sekundarunterricht, im technischen, wirtschaftlichen, landwirtschaftlichen, paramedizinischen, sozialen, pädagogischen und künstlerischen Hochschulunterricht zweiter Grades, eingefügt durch den Königlichen Erlaß Nr. 80 vom 21. Juli 1982 und ersetzt durch den Königlichen Erlaß Nr. 268 vom 31. Dezember 1983, wird ein Absatz mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

"Das zusätzlich gewährte Stundenkapital kann durch die Regierung um einen jährlich festzulegenden Prozentsatz, der 25 Prozent nicht überschreitet, verringert werden."

Abschnitt 7 — Abänderung des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter und Gehaltssubventionen sowie der Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren

Art. 19 - In Artikel 4 des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter und Gehaltssubventionen sowie der Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren wird die Zahl "19" durch die Zahl "20" sowie die Zahl "21" durch die Zahl "22" ersetzt."

Abschnitt 8 — Abänderungen des Dekretes vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Sonderschulwesen festgelegt werden

Art. 20 - Ein Artikel 5bis mit folgendem Wort wird in das Dekret vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Sonderschulwesen festgelegt werden, abgeändert durch die Dekrete vom 25. Juni 1991, 1. Juni 1992 sowie durch die Dekrete vom 27. Juni 1994, eingefügt:

"Artikel 5bis - Das in den Artikeln 6 § 3, 21, 37 § 3 und 44 erwähnte Stundenkapital kann durch die Regierung um einen jährlich festzulegenden Prozentsatz, der 10 Prozent nicht überschreitet, verringert werden."

Abschnitt 9 — Abänderung der Artikel 31 und 35 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Anstalten für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst und Normalschulunterricht und der von diesen Anstalten abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Anstalten beauftragten Inspektionsdienstes

Art. 21 - Artikel 31 Absatz 1 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Anstalten für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst und Normalschulunterricht und der von diesen Anstalten abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Anstalten beauftragten Inspektionsdienstes, abgeändert durch den Königlichen Erlaß vom 16. Februar 1983, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Die Zulassung zum Praktikum in einem Anwerbungsamt kann zu Beginn des Schuljahres für eine offene Stelle erfolgen, die bereits seit mindestens einem Schuljahr offen ist."

Art. 22 - Artikel 35 Absatz 3 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch den Königlichen Erlaß vom 16. Februar 1983, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Die Anzahl Stellen, die von Praktikanten besetzt werden können, kommt höchstens der Anzahl Stellen gleich, die zu Beginn des Schuljahres der Veröffentlichung der Bekanntmachung offen sind, abzüglich der Anzahl Stellen, die durch Reaffektierung besetzt werden."

Abschnitt 10 — Abänderung des Artikels 30 der am 20. August 1957 koordinierten Gesetze über das Primarschulwesen

Art. 23 - Artikel 30 § 1 der am 20. August 1957 koordinierten Gesetze über das Primarschulwesen, ersetzt durch das Gesetz vom 1. Juli 1964, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Unbeschadet der geltenden Bestimmungen über die Reaffektierung oder die Wiederbeschäftigung kann der Gemeinderat einen Vorschullehrer oder Primarschullehrer zum 1. Januar des laufenden Schuljahres definitiv in einer offenen Stelle ernennen, wenn diese Stelle mindestens während der beiden vorhergehenden Schuljahre offen war.

Eine definitive Ernennung ist nicht erlaubt für eine Stelle, die einer Einrichtung, einer Abteilung, einer Niederlassung, einer Stufe oder einer anderen Unterteilung angehört, die infolge der Rationalisierungsmaßnahmen aufgrund unzureichender Schülerzahlen geschlossen wird, noch für eine Stelle, die aufgrund einer Entscheidung der Regierung, die dem Organisationsträger vorher zugestellt worden ist, nur für eine beschränkte Zeit subventioniert wird.

Innerhalb einer Zeitspanne von 15 Tagen, während der eine Stelle offen ist, bezeichnet das Bürgermeister- und Schöffenkollegium einen Zeitweiligen. Der Gemeinderat bestätigt diese Bezeichnung innerhalb einer Zeitspanne von drei Monaten ab dem Tage der Bezeichnung oder bezeichnet eine anderen Zeitweiligen seiner Wahl."

Abschnitt 11 — Definitive Ernennung eines subventionierten Personalmitglieds im freien subventionierten Unterrichtswesen

Art. 24 - Unbeschadet der geltenden Bestimmungen über die Reaffektierung oder die Wiederbeschäftigung kann ein Organisationsträger des freien subventionierten Unterrichtswesens ein subventioniertes Personalmitglied zum 1. Januar des laufenden Schuljahres definitiv in einer offenen Stelle ernennen, wenn diese Stelle mindestens während der beiden vorhergehenden Schuljahre offen war.

Eine definitive Ernennung ist nicht erlaubt für eine Stelle, die einer Einrichtung, einer Abteilung, einer Niederlassung, einer Stufe oder einer anderen Unterteilung angehört, die infolge der Rationalisierungsmaßnahmen aufgrund unzureichender Schülerzahlen geschlossen wird, noch für eine Stelle, die aufgrund einer Entscheidung der Regierung, die dem Organisationsträger vorher zugestellt worden ist, nur für eine beschränkte Zeit subventioniert wird.

Abschnitt 12 — Abänderung des Gesetzes vom 1. Juli 1963 zur Gewährung einer Prämie für soziale Aufstiegsförderung

Art. 25 - Im Gesetz vom 1. Juli 1963 zur Gewährung einer Prämie für die soziale Aufstiegsförderung werden folgende Bestimmungen aufgehoben:

1. Artikel 1 Nummer 1;
2. Artikel 1 Nummer 2;
3. Artikel 5.

Abschnitt 13 — Inkrafttreten der verschiedenen Bestimmungen des vorliegenden Kapitels

Art. 26 - Die Artikel 3 und 4 werden am 28. August 1995 wirksam.

Die Artikel 21 und 22 werden am 1. Januar 1996 wirksam.

Die Artikel 9, 13, 15 sowie 18bis einschließlich 20 und Artikel 25 treten am Tage der Veröffentlichung des vorliegenden Dekretes in Kraft.

Die Artikel 5bis einschließlich 8, 10bis einschließlich 12, 14, 17 sowie 23 und 24 treten am ersten Schultag des Schuljahres 1996-1997 in Kraft.

Artikel 16 tritt am ersten Schultag des Schuljahres 1997-1998 in Kraft.

KAPITEL III — Jugend, Volks- und Erwachsenenbildung, Kultur, Sport und Tourismus

Abschnitt 1 — Jugend, Volks- und Erwachsenenbildung und Kultur

Art. 27 - § 1 - Im Dekret vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten Museen, Kreativen Ateliers, regionalen Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen und Jugendzentren werden folgende Abänderungen vorgenommen:

1. Artikel 3 Absatz 2 wird aufgehoben;
 2. in den Artikeln 6 Absatz 1, 7 Absatz 1 und 8 Absatz 1 wird die Zahl "85 %" ersetzt durch die Zahl "75 %";
 3. in Artikel 8 Absatz 2 werden die Ziffern "50", "100", "200" und "300" jeweils ersetzt durch die Ziffern "100", "200", "800" und "1200";
 4. in den Artikeln 9 Absatz 1 und 10 § 1 Absatz 1 wird die Zahl "85 %" ersetzt durch die Zahl "75 %";
 5. Artikel 11 Absatz 1 wird aufgehoben.
- § 2 - § 1 Absatz 1 Punkt 3 des vorliegenden Artikels tritt am 1. Januar 1997 in Kraft.

Abschnitt 2 — Sport und Freizeit

Art. 28 - Der Erlaß mit Verordnungscharakter vom 23. Februar 1976 über die Bedingungen für die Subventionierung von Jugendorganisationen sowie Erwachsenenorganisationen zur Ausbildung der Führungskräfte im Bereich der Leibeserziehung, des Sports und des Lebens im Freien, wird aufgehoben.

Art. 29 - In Artikel 3 Absatz 2 des Dekretes vom 26. Juni 1989 zur Anerkennung und Bezuschussung der Funktions- und Animationskosten zugunsten von Kinderspielflächen wird die Wortfolge "die Gemeinden und solche" ersatzlos gestrichen.

Art. 30 - In Artikel 5 desselben Dekretes wird zwischen dem ersten und dem zweiten Absatz ein Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung diese Beträge mit einem Koeffizienten multiplizieren."

Art. 31 - In Artikel 3 Absatz 2 des Dekretes vom 17. Februar 1992 zur Anerkennung der Sportanlagen und zur Bezuschussung ihrer Funktionskosten werden die Wörter "Gemeinden oder solche" gestrichen.

Art. 32 - Artikel 6 § 1 des Dekretes vom 17. Februar 1992 zur Anerkennung und Bezuschussung von lokalen Sporträten, Sportbünden oder Sportgemeinschaften wird um einen Absatz mit folgendem Wortlaut ergänzt:

"Zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung diese Beträge mit einem Koeffizienten multiplizieren."

Art. 33 - In Artikel 1 des Dekretes vom 29. Juni 1992 zur Bezuschussung von Sportlagern, werden die Wörter "die Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft," gestrichen.

Abschnitt 3 — Tourismus

Art. 34 - Artikel 31 § 1 des Dekretes vom 9. Mai 1994 über Unterkunfts- und Hotelbetriebe wird durch folgenden Absatz ergänzt:

"Diese Prämie ist im Rahmen der von der Regierung festgelegten Modalitäten innerhalb von 10 Jahren nach ihrer Auszahlung beziehungsweise nach der Auszahlung der letzten Rate zurückzuerstatten. Diese Bestimmung ist anwendbar auf die Vorhaben, deren Bezuschussungsanträge nach dem 31. Dezember 1995 eingereicht werden."

KAPITEL IV — Familie, Gesundheit und Soziales

Art. 35 - Im Dekret vom 9. Mai 1994 zur Anerkennung von Einrichtungen für die vorübergehende Aufnahme und Betreuung von Personen in einer Notlage sowie zur Gewährung von Zuschüssen für den Ankauf, den Bau, die Anmietung, die Instandsetzung und die Ausrüstung von Notaufnahmewohnungen, werden folgende Abänderungen vorgenommen:

1. in der Überschrift werden zwischen den Wörtern "von Zuschüssen für" und den Wörtern "den Ankauf" die Wörter "die Enteignung," eingefügt;

2. in Artikel 3 werden zwischen den Wörtern "gewähren für" und "den Ankauf" die Wörter "die Enteignung," eingefügt;

3. in Artikel 7 Absatz 1 werden zwischen den Wörtern "Der Zuschuß für" und den Wörtern "den Ankauf" die Wörter "die Enteignung oder" eingefügt;

4. Artikel 20 Absatz 2 wird aufgehoben.

Art. 36 - In Artikel 88 § 1 Absatz 2 des Gesetzes vom 8. Juli 1976 über die Öffentlichen Sozialhilfezentren, abgeändert durch das Dekret vom 2. Mai 1995, werden die Wörter "15. September" ersetzt durch die Wörter "1. November".

In Artikel 88 § 1 Absatz 5 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Dekret vom 2. Mai 1995, werden die Wörter "vor dem 15. November desselben Jahres" ersetzt durch die Wörter "innerhalb von drei Tagen nach Erhalt des Beschlusses".

Art. 37 - In Artikel 29 Nr. 2 des Dekretes vom 20. März 1995 über die Jugendhilfe werden zwischen den Wörtern "diesbezügliches Zusammenarbeitsabkommen" und dem Wort "vorliegt" die Wörter "oder das Einverständnis der betroffenen Einrichtung" eingefügt.

KAPITEL V — Inkrafttreten

Art. 38 - Vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen wird das vorliegende Dekret am 1. Januar 1996 wirksam. Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, daß es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird. Eupen, den 4. März 1996.

Der Minister-Präsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit,
Familie und Senioren, Sport und Tourismus,
J. MARAITE

Der Minister für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales,
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht, Kultur, wissenschaftliche Forschung,
Denkmäler und Landschaften,
W. SCHRÖDER

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 96 — 845

[C — 33028]

4 MARS 1996. — Décret-programme (1)

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE Ier. — Généralités

Article 1^{er}. A partir de l'année budgétaire 1996 et par dérogation à toute règle contraire, à l'exception de normes fixées par des instances supérieures, toutes les avances de subventions et dotations pour frais de fonctionnement et de personnel à liquider le seront mensuellement, par douzième, avant le 22 de chaque mois, dans les limites des différents crédits budgétaires disponibles.

Art. 2. Dans la mesure où aucune liquidation d'avances visée à l'article 1er n'est prévue, les montants annuels des dotations de fonctionnement et de personnel inscrits dans les différents budgets des dépenses en faveur des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone, de l'Office communautaire et régional pour la Formation professionnelle et l'Emploi ainsi que du Conseil de la Communauté germanophone seront, à partir de l'année budgétaire 1996, liquidés mensuellement par douzième avant le 22 de chaque mois. La même règle s'applique aux subventions et dotations pour frais de fonctionnement et de personnel dans tout l'enseignement.

CHAPITRE II. — Enseignement et formation

Section 1. — Modifications et dérogations relatives au décret du 18 avril 1994 fixant le montant des subventions de fonctionnement pour l'enseignement subventionné

Art. 3. L'article 4 du décret du 18 avril 1994 fixant le montant des subventions de fonctionnement pour l'enseignement subventionné est remplacé par la disposition suivante :

"Article 4. Le montant des subventions accordées aux centres psycho-médico-sociaux est constitué d'un forfait de 654 560 FB par centre, majoré de 65 456 FB ou 130 912 FB par membre subsidiable supplémentaire du personnel technique, selon qu'il a un mi-temps ou un temps plein."

Art. 4. Les montants figurant au point 6° de l'annexe du même décret sont réduits de 20 % pour l'année scolaire 1995-1996 et ne sont pas indexés en application de l'article 7 du même décret.

(1) Session 1995-1996.

Documents du Conseil. — 37 (1995-1996) N° 1. Projet de décret. N° 2. Proposition d'amendement. N° 3. Rapport. Proposition(s) d'amendement relative(s) au texte adopté par la Commission.

Compte rendu intégral. — Discussion et vote. Séance du 4 mars 1996.

Sans préjudice de la disposition de l'alinéa précédent, et par dérogation à l'article 7 du même décret, tous les autres montants de subventions fixés dans le décret seront, pour l'année scolaire 1995-1996, majorés sur la base de l'indexation suivante :

- 1° l'indice du mois de septembre 1992 (113,17) sert d'indice de base;
- 2° l'indice du mois de septembre 1994 (119,22) sert de nouvel indice.

Section 2. — Modifications et dérogations relatives à l'arrêté royal du 2 août 1984 portant rationalisation et programmation de l'enseignement maternel et primaire ordinaire ainsi qu'à l'arrêté royal du 30 août 1984 portant organisation de l'enseignement maternel et primaire ordinaire sur base d'un capital périodes

Art. 5. A l'article 4 de l'arrêté royal du 2 août 1984 portant rationalisation et programmation de l'enseignement maternel et primaire ordinaire, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 novembre 1995, sont apportées les modifications suivantes :

- 1° Le point 5° est remplacé par la disposition suivante :

"5° Enseignement maternel : enseignement dispensé à des enfants âgés d'au moins trois ans ou qui auront atteint l'âge de trois ans au 31 décembre de l'année scolaire en cours et qui ne suivent pas encore l'enseignement primaire."

- 2° Le point 14° est remplacé par la disposition suivante :

"14° Elève de l'enseignement maternel : élève qui est soit âgé d'au moins trois ans ou qui aura atteint l'âge de trois ans au 31 décembre de l'année scolaire en cours et qui fréquente l'école maternelle."

- Art. 6. L'article 5 du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

"Article 5. Sont pris en considération au niveau maternel les élèves qui, jusqu'au dernier jour d'école du mois de septembre, ont été présents pendant 10 journées de classe, au moins par demi-journées."

Art. 7. A l'article 2 de l'arrêté royal du 30 août 1984 portant organisation de l'enseignement maternel et primaire ordinaire sur base d'un capital périodes, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 novembre 1995, sont apportées les modifications suivantes :

- 1° Le point 5° est remplacé par la disposition suivante :

"5° Enseignement maternel : enseignement dispensé à des enfants âgés d'au moins trois ans ou qui auront atteint l'âge de trois ans au 31 décembre de l'année scolaire en cours et qui ne suivent pas encore l'enseignement primaire."

- 2° Le point 8° est remplacé par la disposition suivante :

"8° Elève de l'enseignement maternel : élève qui est âgé d'au moins trois ans ou qui aura atteint l'âge de trois ans au 31 décembre de l'année scolaire en cours et qui fréquente l'enseignement maternel."

Art. 8. L'article 4 du même arrêté royal, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 21 novembre 1995, est remplacé par la disposition suivante :

"Article 4. Lorsqu'une école est organisée en deux ou plus de deux lieux d'implantation, les élèves de ces différents lieux d'implantation sont additionnés par niveau d'enseignement."

Toutefois, les élèves d'une implantation située à 2 000 m au moins de distance de toute autre implantation faisant partie de la même école et où un enseignement de même niveau est organisé, font l'objet d'un comptage séparé."

Art. 9. Pour l'année scolaire 1996-1997, et par dérogation à l'article 5 du même arrêté royal, le capital périodes visé à l'article 13 du présent décret est appliqué dès le premier jour de l'année scolaire 1996-1997.

Art. 10. L'article 9 du même arrêté royal, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 21 novembre 1995, est remplacé par la disposition suivante :

"Article 9. Seuls sont pris en considération les élèves qui, jusqu'au dernier jour scolaire du mois de septembre, ont été présents pendant 10 journées de classe, au moins par demi-journées."

Art. 11. Dans l'arrêté royal du 30 août 1984 portant organisation de l'enseignement maternel et primaire ordinaire sur base d'un capital périodes, modifié par l'arrêté royal du 13 août 1985, par les arrêtés de l'Exécutif des 21 septembre 1989, 17 janvier 1990, 20 juin 1990 et 21 août 1991, ainsi que par l'arrêté du Gouvernement du 1er septembre 1993, il est inséré un article 9bis, libellé comme suit :

"Article 9bis. Lorsque la population scolaire augmente avant le 15 mars, il peut être procédé à un nouveau calcul du capital périodes. Le capital périodes nouvellement calculé est disponible dès le premier jour d'école suivant le 15 mars, dans la mesure où il comporte au moins 14 ou un multiple de 14 unités de plus que le capital périodes au 1er octobre et dans la mesure où la nouvelle population scolaire a été atteinte pendant un minimum de dix journées de classe, au moins par demi-journées, sans interruption au cours des quinze derniers jours d'école, en ce compris le 15 mars."

Art. 12. L'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 21 novembre 1995 modifiant l'arrêté royal du 2 août 1984 portant rationalisation et programmation de l'enseignement maternel et primaire ordinaire ainsi que l'arrêté royal du 30 août 1984 portant organisation de l'enseignement maternel et primaire ordinaire sur base d'un capital périodes est abrogé.

Art. 13. L'article 13, alinéa 1er, de l'arrêté royal du 30 août 1984 portant organisation de l'enseignement maternel et primaire ordinaire sur base d'un capital périodes, est remplacé par la disposition suivante :

"Les étudiants réguliers de l'année scolaire écoulée sont pris en considération pour le calcul du capital périodes."

Le capital périodes calculé en application du chapitre III du même arrêté royal, tel que modifié, est accordé à 94,2 % pour l'année scolaire 1996-1997.

Par dérogation à l'article 15, § 2, alinéa 2 du même arrêté royal, remplacé par l'arrêté de l'Exécutif du 20 juin 1990, les périodes peuvent, pour l'année scolaire 1996-1997, être regroupées par pouvoir organisateur, section linguistique ou entre différents pouvoirs organisateurs, et être affectées dans les limites de la commune concernée ou au sein d'un même réseau de la Communauté germanophone.

Art. 14. L'article 15, § 3, du même arrêté royal, inséré par l'arrêté de l'Exécutif du 20 juin 1990, est abrogé.

Section 3. — Calcul du nombre de périodes-professeur dans l'enseignement secondaire de plein exercice de type I

Art. 15. Pour l'année scolaire 1996-1997 et par dérogation aux articles 2, 3 et 6 du décret du 5 juin 1990 fixant le nombre de périodes-professeur pour l'enseignement secondaire de plein exercice de type I, modifié par les décrets des 22 juin 1993 et 17 juillet 1995, les établissements d'enseignement secondaire de plein exercice de type I reçoivent 94,85% des périodes-professeur qui leur ont été accordées pour l'année scolaire 1995-1996 en application et exécution des

articles susvisés, diminués ou augmentés de 0,35 périodes-professeur par élève régulier que ces établissements comptaient en moins ou en plus au dernier jour scolaire du mois de septembre de l'année scolaire 1995-1996 comparativement au dernier jour scolaire du mois de septembre de l'année scolaire 1994-1995.

Section 4. — Modification de la loi du 19 juillet 1971 relative à la structure générale et à l'organisation de l'enseignement secondaire

Art. 16. L'article 2, § 3, de la loi du 19 juillet 1971 relative à la structure générale et à l'organisation de l'enseignement secondaire est remplacé par la disposition suivante :

"§ 3 Peuvent être organisés séparément :

- 1° le premier degré à condition que les deuxième et troisième degrés ne soient pas organisés au même endroit;
- 2° les premier et deuxième degrés;
- 3° les deuxième et troisième degrés."

Section 5. — Modification de l'arrêté royal du 15 avril 1977 fixant les règles et les conditions de calcul du nombre d'emplois dans certaines fonctions du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel administratif des établissements d'enseignement secondaire et d'enseignement supérieur

Art. 17. L'article 3, § 1er de l'arrêté royal du 15 avril 1977 fixant les règles et les conditions de calcul du nombre d'emplois dans certaines fonctions du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel administratif des établissements d'enseignement secondaire et d'enseignement supérieur, remplacé par le décret du 22 juin 1993, est remplacé par la disposition suivante :

"§ 1er. Dans les écoles secondaires et supérieures de plein exercice comme dans les établissements qui organisent en même temps un enseignement secondaire de plein exercice et un enseignement supérieur de plein exercice, les emplois suivants peuvent être créés ou subventionnés en fonction du nombre d'élèves repris dans la première colonne.

Nombre d'élèves	Emplois
moins de 80	1 éducateur-économe
80	1 surveillant-éducateur
160	1 surveillant-éducateur
240	1 commis-dactylographe
320	1 surveillant-éducateur
400	1 secrétaire de direction ou surveillant-éducateur
520	1 secrétaire-bibliothécaire ou surveillant-éducateur
550	1 sous-directeur ou proviseur
640	1 surveillant-éducateur

et par tranche de 120 élèves un emploi de surveillant-éducateur."

Section 6. — Modifications apportées à l'arrêté royal du 15 décembre 1973 déterminant les normes de dédoublement et de regroupement d'années d'études dans l'enseignement technique secondaire, dans les enseignements supérieurs technique, économique, agricole, paramédical, social et pédagogique de type court, dans les enseignements supérieurs technique et agricole du deuxième degré

Art. 18. A l'article 3, VI de l'arrêté royal du 15 décembre 1973 déterminant les normes de dédoublement et de regroupement d'années d'études dans l'enseignement technique secondaire, dans les enseignements supérieurs technique, économique, agricole, paramédical, social et pédagogique de type court, dans les enseignements supérieurs technique et agricole du deuxième degré, inséré par les arrêtés royaux n^{os} 80 du 21 juillet 1982 et 268 du 31 décembre 1983, est ajouté un alinéa libellé comme suit :

"Le capital périodes accordé en sus peut, par le Gouvernement, être réduit d'un pourcentage fixé annuellement et ne pouvant dépasser 25 %."

Section 7. — Modification de l'arrêté royal n^o 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements

et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux

Art. 19. A l'article 4 de l'arrêté royal n^o 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, les nombres "19" et "21" sont respectivement remplacés par les nombres "20" et "22".

Section 8. — Modifications apportées au décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécial

Art. 20. Dans le décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécial, modifié par les décrets des 25 juin 1991 et 1er juin 1992 ainsi que par les décrets du 27 juin 1994, il est inséré un article 5bis, libellé comme suit :

"Article 5bis. Le capital périodes visé aux articles 6, § 3, 21, 37, § 3 et 44 peut, par le Gouvernement, être réduit d'un pourcentage fixé annuellement et ne pouvant dépasser 10 %."

Section 9. — Modification des articles 31 et 35 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements

Art. 21. L'article 31, alinéa 1er, de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, modifié par l'arrêté royal du 16 février 1983, est remplacé par la disposition suivante :

"L'admission au stage dans une fonction de recrutement peut avoir lieu en début d'année scolaire pour un emploi vacant qui l'est depuis une année scolaire au moins."

Art. 22. L'article 35, alinéa 3 du même arrêté royal, remplacé par l'arrêté royal du 16 février 1983, est remplacé par la disposition suivante :

"Le nombre d'emplois à conférer par admission au stage équivaut au plus au nombre d'emplois vacants au début de l'année scolaire où a lieu la publication de l'avis, diminué du nombre d'emplois conférés par réaffectation."

Section 10. — Modification de l'article 30
des lois sur l'enseignement primaire, coordonnées le 20 août 1957

Art. 23. L'article 30, § 1er des lois sur l'enseignement primaire coordonnées le 20 août 1957, remplacé par la loi du 1er juillet 1964, est remplacé par la disposition suivante :

"Sans préjudice des dispositions en vigueur en matière de réaffectation ou de remise au travail, le Conseil communal peut, au 1er janvier de l'année scolaire en cours, nommer à titre définitif dans un emploi vacant un instituteur gardien ou primaire lorsque cet emploi a été vacant pendant au moins les deux années scolaires précédentes.

Une nomination à titre définitif n'est pas autorisée pour un emploi faisant partie d'un établissement, d'une section, d'une implantation, d'un degré ou d'une autre subdivision qui, en application des règles de rationalisation, est en voie de fermeture par manque d'élèves ni dans un emploi dont la période d'admission aux subventions est limitée par une décision du Gouvernement préalablement signifiée au pouvoir organisateur.

Dans les 15 jours de la vacance d'un emploi, le Collège échevinal désigne un intérimaire. Le Conseil communal confirme cette désignation dans un délai de trois mois à partir du jour de la désignation ou désigne un autre intérimaire de son choix."

Section 11. — Nomination à titre définitif
d'un membre du personnel subsidié de l'enseignement libre subventionné

Art. 24. Sans préjudice des dispositions en vigueur en matière de réaffectation ou de remise au travail, un pouvoir organisateur de l'enseignement libre subventionné peut, au 1er janvier de l'année scolaire en cours, nommer à titre définitif dans un emploi vacant un membre du personnel subsidié lorsque cet emploi a été vacant pendant au moins les deux années scolaires précédentes.

Une nomination à titre définitif n'est pas autorisée pour un emploi faisant partie d'un établissement, d'une section, d'une implantation, d'un degré ou d'une autre subdivision qui, en application des règles de rationalisation, est en voie de fermeture par manque d'élèves ni dans un emploi dont la période d'admission aux subventions est limitée par une décision du Gouvernement préalablement signifiée au pouvoir organisateur."

Section 12. — Modification de la loi du 1er juillet 1963
portant instauration de l'octroi d'une indemnité de promotion sociale

Art. 25. Dans la loi du 1er juillet 1963 portant instauration de l'octroi d'une indemnité de promotion sociale, les dispositions suivantes sont abrogées :

- 1° l'article 1er, 1°;
- 2° l'article 2, 2°;
- 3° l'article 5.

Section 13. — Entrée en vigueur des différentes dispositions du présent chapitre

Art. 26. Les articles 3 et 4 sortissent leurs effets le 28 août 1995.

Les articles 21 et 22 sortissent leurs effets le 1er janvier 1996.

Les articles 9, 13, 15, 18 à 20 inclus et 25 entrent en vigueur le jour de la publication du présent décret.

Les articles 5 à 8 inclus, 10 à 12 inclus, 14, 17, 23 et 24 entrent en vigueur le premier jour d'école de l'année scolaire 1996-1997.

L'article 16 entre en vigueur le premier jour d'école de l'année scolaire 1997-1998.

CHAPITRE III. — Jeunesse, éducation populaire et formation des adultes, culture, sport et tourisme

Section 1re. — Jeunesse, éducation populaire et formation des adultes et culture

Art. 27. § 1er. Au décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les musées reconnus, les ateliers créatifs reconnus, les organisations régionales reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes et les organisations et centres de jeunesse reconnus, sont apportées les modifications suivantes :

- 1° l'article 3, alinéa 2, est abrogé;
 - 2° aux articles 6, alinéa 1er, 7, alinéa 1er et 8, alinéa 1er, le pourcentage "85 %" est remplacé par "75 %";
 - 3° à l'article 8, alinéa 2, les chiffres "50", "100", "200" et "300" sont respectivement remplacés par les chiffres "100", "200", "800" et "1200";
 - 4° aux articles 9, alinéa 1er et 10, § 1er, alinéa 1er, le pourcentage "85 %" est remplacé par "75 %";
 - 5° l'article 11, alinéa 1er, est abrogé.
- § 2 - Le § 1er, alinéa 1er, 3° du présent article entre en vigueur le 1er janvier 1997.

Section 2. — Sport et loisirs

Art. 28. L'arrêté réglementaire du 23 février 1976 fixant les conditions d'octroi de subventions aux organisations de jeunesse et aux organisations d'adultes en vue de la formation des cadres dans le domaine de l'éducation physique, des sports et de la vie en plein air est abrogé.

Art. 29. A l'article 3, alinéa 2, du décret du 26 juin 1989 reconnaissant et subventionnant les frais de fonctionnement et d'animation en faveur des plaines de jeux destinées aux enfants, le passage "les communes et" est supprimé.

Art. 30. A l'article 5 du même décret, il est inséré, entre le premier et le deuxième alinéa, un alinéa libellé comme suit :

"En vue de l'adaptation aux crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut multiplier ces montants par un coefficient."

Art. 31. A l'article 3, alinéa 2 du décret du 17 février 1992 portant agrégation d'installations sportives et subventionnement de leurs frais de fonctionnement, les termes "communes ou" sont supprimés.

Art. 32. L'article 6, § 1er, du décret du 17 février 1992 portant agrégation et subventionnement de conseils sportifs locaux, d'unions sportives locales ou de communautés sportives locales, est complété par un alinéa libellé comme suit :

"En vue de l'adaptation aux crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut multiplier ces montants par un coefficient."

Art. 33. A l'article 1er du décret du 29 juin 1992 portant subsidiation de camps sportifs, les termes "les communes de la Communauté germanophone" sont supprimés.

Section 3. — Tourisme

Art. 34. L'article 31, § 1er, du décret du 9 mai 1994 sur les établissements d'hébergement et les établissements hôteliers est complété par l'alinéa suivant :

"Cette prime doit être remboursée selon les modalités fixées par le Gouvernement dans les dix ans de sa liquidation ou de la liquidation de la dernière tranche. Cette disposition est applicable aux projets pour lesquels la demande de subsides a été introduite après le 31 décembre 1995."

CHAPITRE IV. — Famille, santé et affaires sociales

Art. 35. Dans le décret du 9 mai 1994 portant agrégation d'institutions accueillant et encadrant provisoirement des personnes en détresse et portant octroi de subsides en vue de l'achat, la construction, la location, la remise en état et l'équipement d'habitations destinées à l'accueil d'urgence, sont apportées les modifications suivantes :

- 1° dans le titre, les termes "l'expropriation," sont insérés entre les termes "en vue de" et "l'achat";
- 2° à l'article 3, les termes "l'expropriation," sont insérés entre les termes "pour" et "l'achat";
- 3° à l'article 7, alinéa 1, les termes "l'expropriation ou" sont insérés entre les termes "pour" et "l'achat";
- 4° l'article 20, alinéa 2 est abrogé.

Art. 36. A l'article 88, § 1er, alinéa 2 de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'aide sociale, modifiée par le décret du 2 mai 1995, les termes "15 septembre" sont remplacés par les termes "1er novembre".

A l'article 88, § 1er, alinéa 5, de la même loi, modifiée par le décret du 2 mai 1995, les termes "avant le 15 novembre de la même année" sont remplacés par les termes "dans les trois jours à dater de la réception de la décision".

Art. 37. A l'article 29, 2° du décret du 20 mars 1995 relatif à l'aide à la jeunesse, le passage "ou si l'institution concernée a marqué son accord" est ajouté après le mot "matière".

CHAPITRE V. — Entrée en vigueur

Art. 38. Sous réserve de dispositions contraires, le présent décret sortit ses effets le 1er janvier 1996. Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.
Eupen, le 4 mars 1996.

Le Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre des Finances, des Relations internationales,
de la Santé, de la Famille et des Personnes âgées, du Sport et du Tourisme,
J. MARAITE

Le Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias et des Affaires sociales,
K.-H. LAMBRETZ

Le Ministre de l'Enseignement, de la Culture,
de la Recherche scientifique et des Monuments et Sites,
W. SCHRÖDER

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 96 - 845

[C - 33028]

4 MAART 1996. — Programmadecreet (1)

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — Algemene bepalingen

Artikel 1. Vanaf het begrotingsjaar 1996 en in afwijking van alle andersluidende regels, met uitzondering van de normen aangenomen door een hogere instantie, zullen alle uit te betalen voorschotten op toelagen en dotaties voor werkings- en personeelskosten binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen in de vorm van twaalfden maandelijks uitbetaald worden, telkens vóór de 22e van de maand.

Art. 2. Vanaf het begrotingsjaar 1996 en voor zover er in geen van de in artikel 1 bepaalde voorschotten voorzien wordt, worden de jaarlijkse bedragen vastgelegd in de verschillende uitgavenbegrotingen voor de werkings- en personeelsdotaties ten gunste van de inrichtingen van openbare nut van de Duitstalige Gemeenschap, ten gunste van de Gemeenschappelijke en Gewestelijke Dienst voor Beroepsopleiding en Arbeidsbemiddeling en ten gunste van de

(1) Zitting 1995-1996.

Bescheiden van de raad. — 37 (1995-1996) Nr. 1. Ontwerp van decreet. Nr. 2. Voorstel tot wijziging. Nr. 3. Verslag. Voorstel(len) tot wijziging betreffende de tekst, goedgekeurd door de Commissie.

Integraal verslag. — Bespreking en aanneming. Vergadering van 4 maart 1996.

Raad van de Duitstalige Gemeenschap maandelijks in de vorm van twaalfden uitbetaald, telkens vóór de 22e van de maand. Dezelfde regeling is van toepassing op de toelagen en dotaties voor werkings- en personeelskosten in het hele onderwijs.

HOOFDSTUK II. — Onderwijs en opleiding

Afdeling 1. — Wijzigingen en afwijkingen betreffende het decreet van 18 april 1994 tot vaststelling van het bedrag van de werkingstoelagen voor het gesubsidieerd onderwijs

Art. 3. Artikel 4 van het decreet van 18 april 1994 tot vaststelling van het bedrag van de werkingstoelagen voor het gesubsidieerd onderwijs wordt vervangen door de volgende bepaling :

"Artikel 4. Het bedrag van de toelagen voor de FMS-centra belooft een forfaitair bedrag van 654 560 BF per centrum plus 65 456 resp. 130 912 BF voor ieder bijkomend subsidieerbaar lid van het technisch personeel met een halftijdse resp. voltijdse betrekking."

Art. 4. De bedragen opgenomen onder punt 6° van de bijlage bij hetzelfde decreet worden voor het schooljaar 1996-1997 met 20 % verminderd en niet met toepassing van artikel 7 van hetzelfde decreet aan het indexcijfer gekoppeld.

Onverminderd de bepaling van het voorafgaande lid en in afwijking van artikel 7 van hetzelfde decreet worden alle andere in hetzelfde decreet vastgelegde toelagenbedragen voor het schooljaar 1995-1996 als volgt aan de prijsindex gekoppeld :

- 1° het indexcijfer van september 1992 (113,17) geldt als basisindexcijfer;
- 2° het indexcijfer van september 1994 (119,22) geldt als nieuw indexcijfer.

Afdeling 2. — Wijzigingen en afwijkingen betreffende het koninklijk besluit van 2 augustus 1984 houdende rationalisatie en programmatie van het gewoon kleuter- en lager onderwijs en van het koninklijk besluit van 30 augustus 1984 houdende organisatie van het gewoon kleuter- en lager onderwijs op basis van een lestijdenpakket

Art. 5. In artikel 4 van het koninklijk besluit van 2 augustus 1984 houdende rationalisatie en programmatie van het gewoon kleuter- en lager onderwijs, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 21 november 1995, worden volgende wijzigingen aangebracht :

1° Punt 5° wordt vervangen door de volgende bepaling :

"5° Kleuteronderwijs : onderwijs gegeven aan kinderen die ten minste drie jaar zijn of die op 31 december van het lopende schooljaar de leeftijd van drie jaar zullen hebben bereikt en die het lager onderwijs nog niet volgen."

2° Punt 14° wordt vervangen door de volgende bepaling :

"14° Leerling in het kleuteronderwijs : de in aanmerking te nemen leerling die ten minste drie jaar is of die op 31 december van het lopende schooljaar de leeftijd van drie jaar zal hebben bereikt en de kleuterschool bezoekt."

Art. 6. Artikel 5 van hetzelfde koninklijk besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

"Artikel 5. Op het niveau van het kleuteronderwijs worden de leerlingen in aanmerking genomen die tot de laatste schooldag van september gedurende tien schooldagen, ten minste ten belope van halve dagen, aanwezig waren."

Art. 7. In artikel 2 van het koninklijk besluit van 30 augustus 1984 houdende organisatie van het gewoon kleuter- en lager onderwijs op basis van een lestijdenpakket, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 21 november 1995, worden volgende wijzigingen aangebracht :

1° Punt 5° wordt vervangen door de volgende bepaling :

"5° Kleuteronderwijs : onderwijs gegeven aan kinderen die ten minste drie jaar zijn of die op 31 december van het lopende schooljaar de leeftijd van drie jaar zullen hebben bereikt en die het lager onderwijs nog niet volgen."

2° Punt 8° wordt vervangen door de volgende bepaling :

"8° Leerling in het kleuteronderwijs : leerling die tenminste drie jaar is of die op 31 december de leeftijd van drie jaar zal hebben bereikt en die het kleuteronderwijs bezoekt."

Art. 8. Artikel 4 van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen door het besluit van de Regering van 21 november 1995, wordt door de volgende bepaling vervangen :

"Artikel 4. Wanneer een school twee of meer vestigingsplaatsen heeft, worden de leerlingen van die verschillende vestigingsplaatsen opgeteld per onderwijsniveau.

Nochtans worden de leerlingen van een vestigingsplaats die gelegen is op ten minste 2000 m van een andere vestigingsplaats behorend tot dezelfde school en waarin onderwijs van hetzelfde niveau georganiseerd wordt, afzonderlijk opgeteld."

Art. 9. In afwijking van artikel 5 van hetzelfde koninklijk besluit wordt het lestijdenpakket bedoeld in artikel 13 van dit decreet vanaf het eerste schooldag toegepast wat het schooljaar 1996-1997 betreft.

Art. 10. Artikel 9 van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen door het besluit van de Regering van 21 november 1995, wordt vervangen door de volgende bepaling :

"Artikel 9. Slechts de leerlingen die tot de laatste schooldag van september tijdens tien dagen klas, ten minste ten belope van halve dagen, aanwezig waren, worden in aanmerking genomen."

Art. 11. In het koninklijk besluit van 30 augustus 1984 houdende organisatie van het gewoon kleuter- en lager onderwijs op basis van een lestijdenpakket, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 13 augustus 1985, bij de besluiten van de Executieve van 21 september 1989, van 17 januari 1990, van 20 juni 1990 en van 21 augustus 1991 alsmede bij het besluit van de Regering van 1 september 1993, wordt een artikel 9bis ingevoegd dat luidt als volgt :

"Artikel 9bis. Wanneer de schoolbevolking vóór 15 maart toeneemt, kan een nieuwe berekening plaatsvinden. Het nieuw berekend lestijdenpakket wordt ter beschikking gesteld, vanaf de eerste schooldag na 15 maart, voor zover ten minste veertien of een veelvoud van veertien eenheden meer telt dan het lestijdenpakket op 1 oktober en voor zover de nieuwe schoolbevolking gedurende de laatste vijftien opeenvolgende schooldagen tot en met 15 maart tijdens ten minste tien schooldagen, minstens per halve dagen, bereikt werd."

Art. 12. Het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 21 november 1995 tot wijziging van het koninklijk besluit van 2 augustus 1984 houdende rationalisatie en programmatie van het gewoon kleuter- en lager onderwijs en van het koninklijk besluit van 30 augustus 1984 houdende organisatie van het gewoon kleuter- en lager onderwijs op basis van een lestijdenpakket wordt opgeheven.

Art. 13. Artikel 13, lid 1, van het koninklijk besluit van 30 augustus 1984 houdende organisatie van het gewoon kleuter- en lager onderwijs op basis van een lestijdenpakket wordt vervangen door de volgende bepaling :

"voor de berekening van het lestijdenpakket worden de regelmatig ingeschreven leerlingen van het voorafgaande schooljaar in rekening gehouden."

Het lestijdenpakket berekend met toepassing van hoofdstuk III van hetzelfde koninklijk besluit, zoals gewijzigd, wordt in het schooljaar 1996-1997 tegen 94,2 % toegekend.

In afwijking van artikel 15, § 2, lid 2, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen door het besluit van de Executieve van 20 juni 1990, kunnen de lestijden voor het schooljaar 1996-1997 per inrichtende macht, per taalsectie of tussen de inrichtende machten opgeteld worden en binnen de grenzen van de betrokken gemeente of binnen de grenzen van hetzelfde onderwijsnet van de Duitstalige Gemeenschap aangewend worden.

Art. 14. Artikel 15, § 3, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het besluit van de Executieve van 20 juni 1990, wordt opgeheven.

Afdeling 3. — Berekening van het aantal lestijden/leerkracht in het secundair onderwijs met volledig leerplan van het type I

Art. 15. Voor het schooljaar 1996-1997 en in afwijking van de artikelen 2, 3 en 6 van het decreet van 5 juni 1990 tot vaststelling van het aantal lestijden/leerkracht voor het secundair onderwijs met volledig leerplan van het type I, gewijzigd bij de decreten van 22 juni 1993 en 17 juli 1995, verkrijgen de onderwijsinrichtingen voor secundair onderwijs met volledig leerplan van het type I, 94,85 % van de lestijden/leerkracht die hen met toepassing en in uitvoering van bovengenoemde artikelen voor het schooljaar 1995-1996 toegekend werden, verminderd of verhoogd met 0,35 lestijden/leerkracht per regelmatig ingeschreven leerling, die deze onderwijsinrichtingen op de laatste schooldag van de maand september van het schooljaar 1995-1996 minder of meer telden in vergelijking met de laatste schooldag van de maand september van het schooljaar 1994-1995.

Afdeling 4. — Wijziging van de wet van 19 juli 1971 betreffende de algemene structuur en de organisatie van het secundair onderwijs

Art. 16. Artikel 2, § 3, van de wet van 19 juli 1971 betreffende de algemene structuur en de organisatie van het secundair onderwijs wordt vervangen door de volgende bepaling :

“§ 3. Kunnen afzonderlijk georganiseerd worden :

1° de eerste graad, indien noch de tweede noch de derde graad in hetzelfde oord georganiseerd worden;

2° de eerste en de tweede graad;

3° de tweede en de derde graad.”

Afdeling 5. — Wijziging van het koninklijk besluit van 15 april 1977 tot vaststelling van de regelen en de voorwaarden voor de berekening van het aantal betrekkingen in sommige ambten van het opvoedend hulppersoneel en van het administratief personeel van de inrichtingen voor secundair onderwijs en voor hoger onderwijs

Art. 17. Artikel 3, § 1 van het koninklijk besluit van 15 april 1977 tot vaststelling van de regelen en de voorwaarden voor de berekening van het aantal betrekkingen in sommige ambten van het opvoedend hulppersoneel en van het administratief personeel van de inrichtingen voor secundair onderwijs en voor hoger onderwijs, vervangen door het decreet van 22 juni 1993, wordt vervangen door de volgende bepaling :

“§ 1 In de secundaire en hoge scholen met volledig leerplan alsmede in de inrichtingen die tegelijk een secundair onderwijs en een hoger onderwijs met volledig leerplan organiseren, mogen de volgende betrekkingen opgericht of gesubsidieerd worden overeenkomstig het aantal leerlingen in kolom 1.

Aantal leerlingen	Betrekking
minder dan 80	1 opvoeder-huismeester
80	1 studiemeester-opvoeder
160	1 studiemeester-opvoeder
240	1 klerk-typist
320	1 studiemeester-opvoeder
400	1 directie-secretaris of 1 studiemeester-opvoeder
520	1 secretaris-bibliothecaris of 1 studiemeester-opvoeder
550	1 onderdirecteur of 1 provisor
640	1 studiemeester-opvoeder

plus één betrekking als studiemeester-opvoeder per elke bijkomende schijf van 120 leerlingen.”

Afdeling 6. — Wijzigingen van het koninklijk besluit van 15 december 1973 houdende bepaling van de splitsings- en hergroeperingsnormen van studiejaren in het secundair technisch onderwijs, in het technisch, economisch, agrarisch, paramedisch, sociaal en pedagogisch hoger onderwijs van het korte type, in het technisch en agrarisch hoger onderwijs van de tweede graad

Art. 18. In artikel 3 VI van het koninklijk besluit van 15 december 1973 houdende bepaling van de splitsings- en hergroeperingsnormen van studiejaren in het secundair technisch onderwijs, in het technisch, economisch, agrarisch, paramedisch, sociaal en pedagogisch hoger onderwijs van het korte type, in het technisch en agrarisch hoger onderwijs van de tweede graad, ingevoegd bij de koninklijke besluiten nr. 80 van 21 juli 1982 en nr. 268 van 31 december 1983, wordt een lid toegevoegd dat luidt als volgt :

“Het bijkomende lestijdenpakket kan door de Regering verminderd worden met een jaarlijks vast te leggen percentage dat 25 % niet mag overschrijden.”

Afdeling 7. — Wijziging van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestaties in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra

Art. 19. In artikel 4 van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestaties in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, worden de getallen “19” en “21” door “20” resp. “22” vervangen.

Afdeling 8. — Wijzigingen van het decreet van 27 juni 1990 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel voor buitengewoon onderwijs worden bepaald

Art. 20. In het decreet van 27 juni 1990 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel voor buitengewoon onderwijs worden bepaald, gewijzigd bij de decreten van 25 juni 1991, 1 juni 1992 alsmede bij de decreten van 27 juni 1994, wordt een artikel *5bis* toegevoegd dat luidt als volgt :

"Artikel *5bis* Het bijkomende lestijdenpakket vermeld in de artikelen 6, § 3, 21, 37, § 3, en 44 kan door de Regering verminderd worden met een jaarlijks vast te leggen percentage dat 10 % niet mag overschrijden."

Afdeling 9. — Wijziging van de artikelen 31 en 35 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen

Art. 21. Artikel 31, lid 1, van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 16 februari 1983, wordt vervangen door de volgende bepaling :

"De toelating tot de stage in een wervingsambt kan in het begin van het schooljaar voor een vacante betrekking gebeuren, die sinds ten minste één schooljaar vacant is."

Art. 22. Artikel 35, lid 3, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen door het koninklijk besluit van 16 februari 1983, wordt vervangen door de volgende bepaling :

"Het aantal betrekkingen, door toelating tot de stage toegewezen, is ten hoogste gelijk aan het aantal vacante betrekkingen op het begin van het schooljaar tijdens hetwelke het bericht wordt bekendgemaakt, verminderd met het aantal betrekkingen die door reffectatie zijn toegewezen."

Afdeling 10. — Wijziging van artikel 30 van de wetten op het lager onderwijs, gecoördineerd op 20 augustus 1957

Art. 23. Artikel 30, § 1, van de op 20 augustus 1957 gecoördineerde wetten op het lager onderwijs, vervangen door de wet van 1 juli 1964, wordt vervangen door de volgende bepaling :

"Onverminderd de geldende bepalingen over de reffectatie of de wedertewerkstelling kan de gemeenteraad een kleuterleider of een lager onderwijzer op 1 januari van het lopende schooljaar in een vacante betrekking in vast verband benoemen, indien die betrekking sinds ten minste de twee voorafgaande schooljaren vacant is.

Een benoeming in vast verband wordt niet toegelaten in een betrekking die deel uitmaakt van een inrichting, een afdeling, een vestiging, een graad of een andere onderverdeling die wegens een gebrek aan leerlingen wordt gesloten bij toepassing van de rationalisatiemaatregelen, noch voor een betrekking die krachtens een beslissing van de Regering die vooraf aan de inrichtende macht wordt bekendgemaakt slechts voor een bepaalde tijd gesubsidieerd wordt.

Binnen een termijn van vijftien dagen tijdens welk een betrekking vacant is, duidt het schepencollege een waarnemende onderwijzer aan. De gemeenteraad bekrachtigt die aanstelling binnen een termijn van drie maanden of duidt een andere waarnemende onderwijzer van zijn keuze aan."

Afdeling 11. — Benoeming in vast verband van een gesubsidieerd personeelslid van het gesubsidieerd vrij onderwijs

Art. 24. Onverminderd de geldende bepalingen over de reffectatie of de wedertewerkstelling kan een inrichtende macht van het gesubsidieerd vrij onderwijs een gesubsidieerd personeelslid op 1 januari van het lopende schooljaar in een vacante betrekking in vast verband benoemen, indien die betrekking sinds ten minste de twee voorafgaande schooljaren vacant is.

Een benoeming in vast verband wordt niet toegelaten in een betrekking die deel uitmaakt van een inrichting, een afdeling, een vestiging, een graad of een andere onderverdeling die wegens een gebrek aan leerlingen wordt gesloten bij toepassing van de rationalisatiemaatregelen, noch voor een betrekking die krachtens een beslissing van de Regering die vooraf aan de inrichtende macht wordt bekendgemaakt slechts voor een bepaalde tijd gesubsidieerd wordt."

Afdeling 12. — Wijziging van de wet van 1 juli 1963 houdende toekenning van een vergoeding voor sociale promotie

Art. 25. In de wet van 1 juli 1963 houdende toekenning van een vergoeding voor sociale promotie worden volgende bepalingen opgeheven :

- 1° Artikel 1, punt 1;
- 2° Artikel 1, punt 2;
- 3° Artikel 5.

Afdeling 13. — Inwerkingtreding van de verschillende bepalingen van dit hoofdstuk

Art. 26. De artikelen 3 en 4 hebben uitwerking met ingang van 28 augustus 1995.

De artikelen 21 en 22 hebben uitwerking met ingang van 1 januari 1996.

De artikelen 9, 13, 15, 18 tot 20 en 25 treden in werking op de dag waarop dit decreet wordt bekendgemaakt.

De artikelen 5 tot 8, 10 tot 12, 14, 17, 23 en 24 treden in werking op de eerste schooldag van het schooljaar 1996-1997.

Artikel 16 treedt in werking op de eerste schooldag van het schooljaar 1997-1998.

HOOFDSTUK III. — Jeugd, volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen, cultuur, sport en toerisme

Afdeling 1. — Jeugd, volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen en cultuur

Art. 27. § 1. Het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende musea, creatieve ateliers, gewestelijke organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen alsook van de erkende jeugdorganisaties en jeugdcentra, wordt gewijzigd als volgt :

- 1° artikel 3, lid 2, wordt opgeheven;

- 2° in de artikelen 6, lid 1, 7, lid 1, en 8, lid 1, wordt het percentage "85 %" vervangen door "75 %";
 3° in artikel 8, lid 2, worden de getallen "50", "100", "200" en "300" vervangen door "100", "200", "800" en resp. "1200";
 4° in de artikelen 9, lid 1, en 10, § 1, lid 1, wordt het percentage "85 %" vervangen door "75 %";
 5° artikel 11, lid 1, wordt opgeheven;
 § 2. § 1, lid 1, 3°, van dit artikel treedt in werking met ingang van 1 januari 1997.

Afdeling 2. — Sport en vrijetijdsbesteding

Art. 28. Het reglementair besluit van 23 februari 1976 houdende vaststelling van de voorwaarden voor de toekenning van toelagen aan jeugdorganisaties en volwassenenorganisaties met het oog op de kadervorming op het gebied van lichamelijke opvoeding, sport en openluchtlevens, wordt opgeheven.

Art. 29. In artikel 3, lid 2, van het decreet van 26 juni 1989 houdende erkenning en subsidiëring van werkings- en animatiekosten ten gunste van kinderspeeltuinen wordt de passus "de gemeenten of" geschrapt.

Art. 30. In artikel 5 van hetzelfde decreet wordt tussen het eerste en het tweede lid een lid ingevoegd, luidend als volgt:

"Met het oog op de aanpassing aan de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering deze bedragen met een coëfficiënt vermenigvuldigen."

Art. 31. In artikel 3, lid 2, van het decreet van 17 februari 1992 houdende erkenning van sportinrichtingen en subsidiëring van hun werkingskosten worden de woorden "gemeenten of" geschrapt.

Art. 32. Artikel 6, § 1, van het decreet van 17 februari 1992 houdende erkenning en subsidiëring van lokale sportraden, sportbonden of sportgemeenschappen, wordt aangevuld met een lid luidend als volgt:

"Met het oog op de aanpassing aan de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering deze bedragen met een coëfficiënt vermenigvuldigen."

Art. 33. In artikel 1 van het decreet van 29 juni 1992 houdende subsidiëring van sportkampen, worden de woorden "de gemeenten van de Duitstalige Gemeenschap" geschrapt.

Afdeling 3. — Toerisme

Art. 34. Artikel 31, § 1, van het decreet van 9 mei 1994 over de logiesverstrekkende inrichtingen en hotelinrichtingen wordt met een lid aangevuld, luidend als volgt:

"Die premie moet overeenkomstig de door de Regering vastgelegde modaliteiten binnen de tien dagen na de uitbetaling ervan of na de uitbetaling van de laatste schijf ervan terugbetaald worden. Die bepaling is toepasselijk op de projecten waarvoor de subsidiëeringsaanvraag na 31 december 1995 werd ingediend."

HOOFDSTUK IV. — Gezin, gezondheid en sociale aangelegenheden

Art. 35. In het decreet van 9 mei 1994 houdende de erkenning van inrichtingen die personen in een noodtoestand voorlopig opnemen en begeleiden en houdende toekenning van toelagen met het oog op de aankoop, de bouw, de huur, de reparatie en de uitrusting van noodopvangwoningen, worden volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de titel worden tussen de woorden "van toelagen met het oog op" en "de aankoop" de woorden "de onteigening" ingevoegd;

2° in artikel 3 worden tussen de woorden "toekennen voor" en "de aankoop" de woorden "de onteigening" ingevoegd;

3° in artikel 7, lid 1, worden tussen de woorden "de toelage voor" en de woorden "de aankoop" de woorden "de onteigening of" ingevoegd;

4° artikel 20, lid 2, wordt opgeheven.

Art. 36. In artikel 88, § 1, lid 2, van de wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, gewijzigd bij het decreet van 2 mei 1995, worden de woorden "15 september" door de woorden "1 november" vervangen.

In artikel 88, § 1, lid 5, van dezelfde wet, gewijzigd bij het decreet van 2 mei 1995, worden de woorden "vóór 15 november van hetzelfde jaar" vervangen door de woorden "binnen drie dagen na ontvangst van de beslissing".

Art. 37. In artikel 29 van het decreet van 20 maart 1995 inzake hulpverlening aan de jeugd wordt het tweede lid, na het woord "bestaat", met volgende passus aangevuld "of indien de betrokken inrichting haar instemming heeft gegeven."

HOOFDSTUK V. — Inwerkingtreding

Art. 38. Behoudens tegenstrijdige bepalingen heeft dit decreet uitwerking met ingang van 1 januari 1996.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 4 maart 1996.

De Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
 Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme,
 J. MARAITE

De Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden,
 K.-H. LAMBRETZ

De Minister van Onderwijs, Cultuur, Wetenschappelijk Onderzoek, Monumenten en Landschappen,
 W. SCHRÖDER